



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/80 - 4.4.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

80 NN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Konsequenzen der Bundestagsdebatte	S. 1
Abgekühlte USA-Spanienbegeisterung	S. 3
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 5

Wohin will Adenauer ?

P.R. In der Frage der deutschen Wiedervereinigung hat der Deutsche Bundestag sich auf die politische Grundsatzfeststellung geeinigt: "Ohne ein in Freiheit geeintes Deutschland kann eine dauerhafte, auf enge Zusammenarbeit der Völker gegründete Friedensordnung in Europa nicht geschaffen werden. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist daher ein europäisches Anliegen und das vornehmste politische Ziel der Bundesrepublik".

Diese Feststellung ist wichtig, wenn auch dem Inhalte nach eine Selbstverständlichkeit. Die Vorschläge aber, die sich auf den Weg zu diesem vornehmsten politischen Ziel bezogen, wurden von den Regierungsparteien abgelehnt. Und das ist eine sehr betrübliche Tatsache. Sie haben einen Antrag abgelehnt, der besagt, daß es sich bei dieser Wiedervereinigung um die vordringlichste Aufgabe handelt, sie haben abgelehnt, den Hohen Kommissaren als dringendes Anliegen des Bundestages den Wunsch nach Ausnutzung jeder Verhandlungsmöglichkeit vorzutragen, sie haben schließlich die Forderung an die Bundesregierung abgelehnt, nur solche Abkommen zu unterzeichnen, die der Bundesrepublik rechtlich und tatsächlich die Möglichkeit sichern, jederzeit und von sich aus auf die Einleitung von Verhandlungen der vier Besatzungsmächte über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands hinzuwirken.

Mit alledem haben sie ihren Willen bekundet, von der mühsam erreichten gemeinsamen Plattform für die Behandlung gesamtdeutscher Fragen, wie sie am 27. September gefunden wurde, wieder herunterzukommen, weil diese Linie im Grunde nie ihrer Vorstellung von dem, was notwendig sei, entsprach. Das wird in der breiten Öffentlichkeit nicht so einfach hingonnen werden und deshalb ist man auf den Ausweg gekommen, bei dieser Gelegenheit die SPD, die die Wiedervereinigung schnell und ohne Vorbehalt anstrebt, als mehr oder weniger rußlandfreundlich zu verdächtigen.

Als vornehmstes Ziel haben also auch die Regierungsparteien die deutsche Einheit proklamiert. Das durch Verhandlungen und darauffolgende Vereinbarungen aber tatsächlich angestrebte vorrangliche praktische Ziel ist für sie die schnellste und weitestgehende Einbeziehung in die Organisationsformen und die wechselseitigen Bindungen der westlichen Mächtegruppe - "auf Kosten der deutschen Einheit", wie es in einer Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD heißt.

Natürlich haben Dr. Adenauer und seine politischen Freunde erklärt, die Integrierung der Bundesrepublik in den Westen und seine maximale Stärke würden überhaupt erst geeignete Grundlagen für die Verhandlungen der drei Westmächte mit der Sowjet-Union über Deutschland schaffen, der beste Beweis dafür, so sagte man, sei schon die russische Note vom 10. März gewesen. Dabei übersah man geflissentlich, daß diese Note - falls sie ernst gemeint sein sollte, was aber noch gerade gründlich zu prüfen wäre - ihre tiefere Ursache allein in der inzwischen gewaltig gewachsenen amerikanischen Stärke, nicht aber in den zusätzlichen entsprechenden Bemühungen in Europa hat.

Der Kanzler hat bei der Abwehr der Kritik daran, daß er seine Politik allzu sehr von amerikanischen Vorstellungen und Interessen mitbestimmen lasse, mit der Behauptung geantwortet, die SPD lege ein merkwürdiges Vertrauen in die Sowjet-Union an den Tag - was sie keineswegs tut. Und er hat diesmal den fast schon obligaten und etwas abgespielten Anfall moralischer Entrüstung an einer Bemerkung Ollenhauers entzündet, man müsse bei jeder Verhandlung der vier Mächte untereinander vom deutschen Standpunkt her jeder "gleichen Wert und gleiche Bedeutung" beimessen. Jedermann im Saal, auch der Bundeskanzler, wußte, daß damit selbstverständlich nur der machtpolitische Faktor gemeint sein konnte. Daß Adenauer trotzdem diesen Worten Ollenhauers eine Art moralische Gleichsetzung der drei Mächte des Westens und der Sowjet-Union unterschob, war eine jener Unsauberkeiten, die der Kanzler im politischen Kampf nun offenbar nicht lassen kann.

Es war auch nicht von ungefähr, sondern sehr charakteristisch, daß an dem Tage, an dem die Frage der deutschen Wiedervereinigung, die Frage Gesamtdeutschland, zur Diskussion stand, die Behandlung des äußerst akuten Saarproblems nach dem Willen der Regierungsparteien nicht auf die Tagesordnung aufgenommen wurde, obwohl dem Kanzler in den Tagen vorher von zahlreichen Seiten, auch soweit sie nicht das geringste mit der Opposition zu tun haben, unverhohlen gesagt worden war, er habe durch sein Verhalten in Paris die Saar für Deutschland aufgegeben. Daß der Kanzler es vorzog, sich solchen unerhört schweren Vorwürfen gar nicht erst zu stellen, zeigte die ganze Schwäche seiner Position in dieser Frage, illustrierte auch einmal mehr die verletzende Nichtachtung, mit der er sich auch den berechtigtesten Wünschen großer Teile des Bundestages um Aufklärung

in lebenswichtigen deutschen Fragen entzieht.

Dafür mußte er es sich gefallen lassen, an seine Ausführungen in Siegen und Bonn erinnert zu werden, die offenkundig einen missionarischen Drang von der Art, wenn auch nicht von der phantastischen Spannweite verrieten, wie die Bemerkung Hallsteins von der Integrierung Europas bis zum Ural - Ausführungen, die der Kanzler sinngemäß übrigens auch in seiner Fraktion gemacht hat. "Wahrhaft weiträumige" Konzeptionen - um einen Ausdruck des Pressedienstes der CDU / CSU zu übernehmen - in dem gleichen Augenblick zu entwickeln, in dem ein deutsches Land mit fast einer Million Einwohnern mehr oder weniger deutlich abgeschrieben wird - das ist schon ein starkes Stück. Der Kanzler und seine Freunde haben auch mit dem Argument geantwortet, wie käme wohl der so betont linksrheinische Katholik zu solchen nach Osten gerichteten Missionsneigungen, die ihm doch gänzlich fernliegen müßten. Der Widerspruch ist nur scheinbar. Er löst sich schnell, wenn man das Maß der inneren Gebundenheit Adenauers an manche amerikanischen Vorstellungen von dem, was die einzig richtige Politik sei, bedenkt. Die Tendenzen, die sich hier abzeichnen, sind viel gefährlicher, als sie dem ersten Blick erscheinen mögen und ihre Träger werden natürlich in der Öffentlichkeit alles, was darauf hinweist, ableugnen. Auf diesen Punkt der Verknüpfung amerikanischer und Adenauerscher Vorstellungen und Interessen wird man in den nächsten Monaten besonders aufmerksam zu achten haben.

Die Taktik der Regierung und ihrer Parteien ging am Donnerstag klar darauf aus, von der richtigen Reihenfolge der Stationen auf dem Wege zur deutschen Wiedervereinigung, auf die auch der inzwischen erkrankte Minister für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, mehrfach hingewiesen hatte, abzulenken. Sie bezweckte, Fragen, die erst Gegenstand von Verhandlungen der vier Mächte sein sollten, vorwegnehmend in einem Sinne aufzugreifen und zu beantworten, der schon das Zustandekommen solcher Verhandlungen sehr nachhaltig, vielleicht entscheidend, erschweren muß. Es wurde mit vollem Bedacht die reale Möglichkeit übersehen, daß sich aus solchen künftigen Verhandlungen durchaus auch eine neue internationale Situation und aus ihr wieder ein Sicherheitssystem ergeben kann, das sich freilich erheblich von dem bisher von dem Bundeskanzler erarbeiteten, ganz einseitig amerikanisch orientierten, unterscheiden könnte.

+ + +

Francos Schreckgespenst: Freimaurer und Sozialisten

Von unserem spanischen Mitarbeiter

Während man vor wenigen Monaten in allen spanischen Zeitungen enthusiastische Artikel über die spanisch-amerikanische Freundschaft lesen konnte, hat sich der Ton der Presse Franco-Spaniens in den letzten Wochen auffallend geändert. Man kehrt zu den alten Schlagworten über die Weltübel Sozialismus und Freimaurerei zurück und läßt selbst den Präsidenten Truman nicht ungeschoren seit er sich unvorsichtigerweise gegen das Prinzip der Staatsreligion ausgesprochen hat.

Dieser Stimmungswechsel hat recht handfeste materielle Hintergründe. Eine Reihe amerikanischer Kommissionen haben Spanien bereist. Sie wollten feststellen, wieviel Dollars nötig sind, um das niedrige Produktionsniveau und das Massenelend zu beseitigen. Eine Reihe von Generälen haben ebenfalls Rundreisen unternommen, um einen Plan für Flugplätze und Erweiterung der vorhandenen Flottenstützpunkte auszuarbeiten. Das Resultat all dieser Erhebungen wurde bisher nicht bekanntgegeben. Man vermutet jedoch seit geraumer Zeit, daß die Arbeitsweise der franco-spanischen Behörden, und nicht zuletzt ihrer Militärbehörden, die jugendfrische Begeisterung gewisser Strategen in Washington ziemlich weitgehend abgekühlt habe.

Da die spanische Presse ausnahmslos vom Propagandaministerium kontrolliert und inspiriert wird, bedeutet der Stimmungswandel in den Blättern eine, wenn nicht offizielle, so doch zumindest offiziöse Stellungnahme. Und es kann nicht wundernehmen, daß diese Stellungnahme den Geist des totalitären Regimes atmet, das Spanien seit nunmehr dreizehn Jahren beherrscht.

In einem offiziös inspirierten Leitartikel hat die Madrider Tageszeitung "Pueblo" dieser Tage eine volle Breitseite gegen den demokratischen Westen abgefeuert. Ausgangspunkt dieser Polemik ist die bezeichnende Feststellung, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen seitens der Westmächte nur eine Art Scheinmanöver gewesen sei. Hinter der Geste diplomatischer Befriedung verberge sich die grundsätzliche Gegnerschaft und das Bestreben der Sabotage. Die "unhöflichen" Äußerungen Trumans - über die Notwendigkeit

religiöser Freiheit - und die Verzögerung der Eingliederung Spaniens in die internationalen Organisationen der Westmächte zeige deutlich, daß hinter dieser "antispanischen Verschwörung" die Kräfte der Freimaurerei, der Sozialistischen Internationale und die französisch-angelsächsische Diplomatie am Werke seien.

Hinter der Freimaurerei verbergen sich, so behauptet "Pueblo", die Feinde der katholischen Kirche und die "roten" Emigranten. Die Sozialistische Internationale erstrebe ihre Hegemonie in Europa, und die westlichen Diplomaten seien "böse, weil Spanien allzu unabhängig erscheint und sich weder von Frankreich noch von England ans Gängelband nehmen läßt".

Im Rahmen der bisher verfolgten spanischen Außenpolitik sind diese Feststellungen nicht überraschend. Der spanische Staatschef hat stets betont, daß er in Bezug auf den Kampf gegen den Kommunismus von niemand etwas zu lernen habe und daher auch niemandes Hilfe benötige, wobei natürlich - wie seinerzeit im Dritten Reich - das Wort Kommunismus dafür herhalten muß, alle der totalitären Diktatur abgeneigten politischen Strömungen Spaniens zu bezeichnen. Wenn man nun außerdem die alten Ladenüter der freimaurerisch-sozialistischen Weltverschwörung hervorholt, dann wohl darum, weil es selbst in Spanien schwierig ist, den britischen Premier Churchill und den Präsidenten Truman als Kommunisten zu bezeichnen.

+ + +

Die Ärzte werden gesund gemacht

Als die Labourpartei nach dem Krieg die Regierung übernahm und ihr Sozialisierungsprogramm durchführte, war eines ihrer besonderen Anliegen, für die Gesundheit des englischen Volkes durch entsprechende staatliche Maßnahmen Sorge zu tragen. Kaum eines der englischen Wohlfahrtsgesetze hat in den anderen Staaten so große Aufmerksamkeit gefunden und war so sehr Gegenstand des Für und Wider wie die Bestimmungen über den nationalen Gesundheitsdienst. Insbesondere die Ärzteschaft sah in dieser sozialen Fürsorge des Staates eine Bedrohung ihrer geheiligten Privatpraxis und der aus ihr fließenden Einnahmefähigkeiten.

Nun ist bezeichnend, daß auch die neue konservative Regierung nicht daran denkt, diesen nationalen Gesundheitsdienst, dem 200000 Ärzte in England angeschlossen sind, abzuschaffen; nur in einem Punkt hat sie soeben eine Änderung getroffen: Sie hat die Honorare für die Ärzte wesentlich und sogar mit Rückwirkung bis zum Jahre 1948 erhöht.

Der Gesundheitsminister hat in einem Nachtragsetat eine Erhöhung um 50 Mio Pfund, das sind etwa 600 Mio M., angefordert, um die neuen "Gehälter" aus dem "Ärzte-Pool" seines Ministeriums finanzieren zu können. Bisher hatte ein dem nationalen Gesundheitsdienst angeschlossener Arzt ein Durchschnittseinkommen von 24000 M. Mitortscheidend war dabei der Nachweis, daß der Arzt heute rund 40% des erwähnten Durchschnittseinkommens für unvermeidliche Berufsspesen verbraucht. Immerhin, ein staatlich gesichertes durchschnittliches Jahreseinkommen von 18000 M nach Abzug aller Berufskosten ist nicht zu verachten, und man sollte sich diese Zahl merken für den Fall, daß einer wieder mal über den englischen sozialisierten Gesundheitsdienst mokert.

+ + +

Nachrichten aus der SowjetzoneDas Ostbüro der SED teilt mit:

Im Buna-Werk Schkopau kam es zu ernststen Zusammenstößen zwischen der Arbeiterschaft der Karbid- und Kraftwerke und der Werkleitung, nachdem der sowjetische Generaldirektor Filomonow bekanntgegeben hatte, daß die Prämien für das vierte Quartal, die bereits im Januar fällig waren, nicht zur Auszahlung kommen. Obwohl der BGL-Vorsitzende Leonhard und der deutsche Direktor Dr. Nelles die empörten Arbeiter mit Versprechungen zu beruhigen suchten, drohten die Arbeiter mit der Stilllegung der wichtigsten Betriebszweige. Im Karbidwerk wurden die Losungen "Prämien raus oder Feuer aus" an die Wände geschrieben. Die Betriebsleitung mußte ihrer entschlossenen Haltung nachgeben und die Prämie doch noch ausbezahlen.

x

Bei der DREWAG, den Dresdener Elektrizitätswerken, werden 200 männliche Arbeitskräfte entlassen, dafür aber Frauen eingestellt. Die freiwerdenden Männer sollen zur Volkspolizei abgestellt und zur Wismut A.G. oder in die Schiffswerft Dresden-Übigau verpflichtet werden.

x

Im Kreise Wolmirstädt wurden alle Arbeitssuchenden zum Bau eines neuen sowjetischen Flugplatzes an der Bahnstrecke Magdeburg-Stendal und der Elbe bei Mahlwinkel zwangsverpflichtet. Zum Bau des neuen Flugplatzes müssen umfangreiche Rodungen durchgeführt werden. Dem Flugplatzbau fiel uralter Waldbestand bis zu hundert Jahren zum Opfer.

x

Der zwischen Paretz und Niederneuendorf im Bau befindliche Kanal soll dem Plan nach am 1. Mai 1952 bedingt schiffbar sein. Da die Arbeiten weit im Rückstand sind, wurde durch die sowjetische Besatzungsmacht eine sowjetische oberste Bauleitung eingesetzt. Die Arbeiten wurden begonnen, ohne daß ihnen ein Kostenanschlag zugrunde liegt. Eine nachträglich aufgestellte Kostenberechnung schätzt die Baukosten auf rund 100 Mio M, von denen bis heute rund 35 Mio Ostmark verbraucht sind. Die Arbeit leidet sehr stark unter Fehlleistungen und der stockenden und unregelmäßigen Zulieferung an Baumaterialien und Baumaschinen. Von zwanzig eingesetzten Schwimmbaggern waren Ende Februar 1952 nur noch zwei in Betrieb. Da der Kanalbau durch die Lage des Bahnhofs Niederneuendorf behindert, ein Brückenbau aus Zeit- und Rohstoffmangel aber nicht möglich ist, wird geplant, den Bahnhof Niederneuendorf zu verlegen. Die Arbeiten werden in drei Schichten ausgeführt. Die Arbeiter, von denen ein großer Teil Frauen und Mädchen sind, sind in Barackenlagern in unvorstellbar schlechten hygienischen Verhältnissen untergebracht.

x

Verantwortlich: Peter Raunau